

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Städte Münster und Osnabrück, in der Tradition des Westfälischen Friedens gemeinsam als Orte der Begegnung für internationale Konfliktparteien und für Friedensverhandlungen zu fungieren?

Dr.Georg Lunemann/CDU:

Münster, die Stadt des Westfälischen Friedens, fühlt sich dem europäischen Gedanken in besonderer Weise verpflichtet. Aus ihrer Geschichte erwächst die Verantwortung, Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit aktiv zu fördern und lebendig zu halten. Internationale Konferenzen wie der G7-Außenministertreffen in Münster haben bereits gezeigt, dass die Stadt internationales Ansehen genießt. Zudem ist Münster bereits Gastgeberin der Westfälischen Friedenskonferenz. Wir wollen diese Tradition verstärken, etwa durch ein regelmäßiges Austauschformat unserer Partnerstädte und, indem wir deutlich machen, dass Münster als Plattform für Friedensinitiativen zur Verfügung steht. Die Idee wurde zuletzt von Außenminister Wadephul aufgegriffen, der vorschlug, dass unsere Stadt aufgrund ihrer historischen Bedeutung auch ein geeigneter Ort für mögliche Verhandlungen über den Ausgang des Ukraine-Krieges sein könnte.

Tilman Fuchs/GRÜNE:

Die Tradition des Westfälischen Friedens verpflichtet uns, aktiv für Dialog und Verständigung einzutreten. Münster und Osnabrück haben die Chance, gemeinsam noch stärker als „Friedensstädte“ international sichtbar zu werden. Dazu gehören Konferenzen, Austauschprogramme und Begegnungsräume, in denen Akteur*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Religion zusammenkommen. Die G7-Konferenz im Jahr 2022 hat gezeigt, dass das Symbol des Friedenssaals weltweit wirken kann – auch wenn solche Veranstaltungen für die Bürger*innen spürbare Einschränkungen bedeuten. Für mich gilt: immer sorgfältig abwägen, aber Münster mit klarem Kompass als Friedensstadt positionieren.

Stephan Brinktrine/SPD:

Münster und Osnabrück tragen den Westfälischen Frieden in ihrer DNA. Ich möchte diese Tradition lebendig halten, durch Konferenzen, Jugendbegegnungen und Austauschprogramme. Damit setzen wir ein Signal: Konflikte kann man durch Dialog überwinden. Das war 1648 so, das gilt auch heute.

Katja Martinewski/DIE LINKE:

Austausch und Kontakt schafft Verständnis und Empathie. Ich setze mich dafür ein, dass unsere beiden Städte verstärkt internationale Begegnungen z.B. von Jugendgruppen aus Krisenregionen sowie Dialogformate von NGOs und Zivilgesellschaft anbieten.

Georgios Tsakalidis/Internationale Liste:

Ich sehe große Potentiale in der engeren Zusammenarbeit der beiden Friedenstädte MS u. OS. Jedoch muss dieses zur Chefsache gemacht werden und das würde ich

machen. Von diesen zwei Städten muss viel mehr ausgehen als Symbolpolitik. Ich könnte mir bspw. vorstellen in enger Abstimmung mit den Unis ein gemeinsames Institut zu Gründen zur praktischen Friedenspolitik. Habe noch viele andere Ideen..

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie für Ihre Funktion als Oberbürgermeister*in, sich friedensstiftend zu engagieren? Wie gedenken Sie, Ihr Amt als "Mayor for Peace" auszufüllen?"

Dr.Georg Lunemann/CDU:

Als Oberbürgermeister möchte ich Münster klar als Friedensstadt positionieren, indem ich internationale Begegnungen und Austauschformate unterstütze, die enge Partnerschaft mit unserer ukrainischen Solidaritätsstadt Winnyzja vertiefe, Schüler- und Jugendaustauschprogramme ausbaue, um junge Generationen für Frieden und Verständigung zu sensibilisieren. So wird Münster als Stadt des Westfälischen Friedens weiterhin aktiv für Dialog, Stabilität und Weltoffenheit eintreten.

Tilman Fuchs/GRÜNE:

Als Oberbürgermeister möchte ich das Amt nutzen, um Münster lokal wie international als Stimme für Frieden und Völkerverständigung zu stärken. Die Mitgliedschaft bei *Mayors for Peace* bedeutet für mich, mich klar für ein Ende von Kriegen und das Verbot von Atomwaffen einzusetzen. Gleichzeitig ist Friedensarbeit eine konkrete kommunale Aufgabe: durch Bildungsangebote, Kooperationen mit Schulen, Gedenkveranstaltungen und die Förderung der Zivilgesellschaft möchte ich diese weiter ausbauen.

Stephan Brinktrine/SPD:

Als Oberbürgermeister will ich Münster sichtbar als Friedensstadt vertreten, in Netzwerken wie *Mayors for Peace* und durch praktische Projekte. Ich stehe dabei nicht nur in der Tradition unserer Stadt sondern auch meiner Partei: Die SPD ist Friedenspartei, Willy Brandt hat den Mut zur Entspannung gezeigt. Diesen Geist will ich ins Heute übersetzen: Haltung zeigen, aber auch konkrete Schritte gehen.

Katja Martinewski/DIE LINKE:

Da ich als Oberbürgermeisterin Repräsentantin von Münster wäre, würde ich in der Funktion keine Aggressoren in Münster empfangen und z.B. auch Friedrich Merz, als eine laute Stimme der Wiedereinführung der Wehrpflicht, im Friedenssaal empfangen. Ich bin immer bereit ein konstruktives Gespräch zu führen, um eine friedensstiftende und daher feministische Einordnung zu schaffen. Münster soll in Europa eine laute Stimme für eine Außenpolitik der Deeskalation und des Dialogs sein.

Georgios Tsakalidis/Internationale Liste:

Ich würde als OB, die Frage der "Mayor for Peace", mit Leben fühlen und es nicht nur rein repräsentativ gestalten. Anlässlich dieses Termines würde ich jedes Jahr

Regionalkonferenzen abhalten, jedes Mal mit einem aktuellen Thema zum Frieden. Insbesondere wären Nicht-Euro-zentristische Länder im Fokus der Konferenz.

3. Inwieweit sehen Sie durch die militärischen Strukturen in der Stadt den Frieden für die Bevölkerung von Münster als mögliches militärisches Ziel bedroht?

Dr.Georg Lunemann/CDU:

Münster ist zwar Standort eines Bundeswehr-Dienstleistungszentrums, doch wir sehen darin eine demokratisch eingebettete Sicherheitsarchitektur. Wir setzen auf partnerschaftliche Beziehungen zur Bundeswehr vor Ort, gleichzeitig aber auch auf die Förderung friedenspolitischer Initiativen, um Münster nicht als Bedrohungs-, sondern als Friedensstandort wahrzunehmen. Gleichzeitig wissen wir um die geopolitischen Unsicherheiten in der Welt und werden uns an den landes- und bundespolitischen Initiativen, den Zivil- und Katastrophenschutz auszubauen, beteiligen.

Tilman Fuchs/GRÜNE:

Militärische Einrichtungen bergen grundsätzlich das Risiko, im Konfliktfall Ziele zu werden. Ein akutes Sicherheitsrisiko für Münster sehe ich derzeit nicht. Wichtiger ist, dass wir uns den wachsenden Bedrohungen im Bereich digitaler Angriffe bewusst stellen. Präventionsarbeit, Cybersicherheit und ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz sind entscheidend, um Einrichtungen wie auch Bürger*innen nachhaltig zu schützen. Darüber hinaus ist auch ein gezielter Aufbau und die Stärkung von Zivil- und Katastrophenschutzstrukturen sinnvoll, um die Stadtgesellschaft krisenfest aufzustellen.

Stephan Brinktrine/SPD:

Ich nehme die Sorgen ernst, dass militärische Einrichtungen ein Ziel sein könnten. Münster ist und bleibt Friedensstadt, das ist mein Kompass. Zugleich haben wir eine enge Zusammenarbeit mit Bundeswehr und unseren europäischen Partnern, etwa dem deutsch-niederländischen Korps. Für mich gehört beides zusammen: Das klare Bekenntnis zum Frieden und der wertschätzende Umgang mit realen Sicherheitsstrukturen.

Katja Martinewski/DIE LINKE:

Es ist wichtig, dass wir aktive Friedenspolitik umsetzen und unterstützen, damit Einschätzung wie die Erfragte keine Anwendung finden. Wir brauchen für den Erhalt und die Schaffung von Frieden immer eine diplomatische Lösung. Realistische Risikoeinschätzungen benötigen viel Expertise, die ich mir in der Rolle der Oberbürgermeisterin heranholen würde.

Georgios Tsakalidis/Internationale Liste:

Was den Frieden in MS betrifft, so denke ich kann man heute nichts mehr ausschließen. Die Welt hat sich rasant zurückentwickelt, so dass der Krieg wieder als

Mittel der Politischen Ziele toleriert wird. Ich würde dafür kämpfen, dass die Nato-Präsens in MS, zu einem Friedensarm derselbigen entwickelt, in dem in Sachen globaler Friede, in Kooperation mit den Unis MS-OS, geforscht u. gearbeitet wird.

4. Welche Initiativen werden Sie unterstützen, die sich speziell für den Schutz von Kindern und Jugendlichen aus Konflikt- und Krieggebieten einsetzen (z.B. aus der Ukraine, aus Gaza)?

Dr. Georg Lunemann/CDU:

Münster wird hier weiter Verantwortung übernehmen, gerade in der Solidarität mit der Ukraine, aber auch gegenüber Geflüchteten aus anderen Konfliktregionen. Wir stehen dazu stets im engen Austausch mit Bund und Land, die diese Initiativen koordinieren. Münster wird sich der Verantwortung niemals entsagen.

Tilman Fuchs/GRÜNE:

Kinder und Jugendliche, die vor Krieg und Gewalt fliehen, brauchen besonderen Schutz. Münster wird weiterhin Geflüchtete aufnehmen und gezielt Integrationsangebote für junge Menschen bereitstellen: sichere Unterbringung, Zugang zu Kita und Schule, psychosoziale Unterstützung sowie Freizeit- und Begegnungsangebote. Dabei werden wir in Münster auch weiterhin auf eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten setzen. Ich möchte Initiativen stärken, die hier bereits wertvolle Arbeit leisten. Die in Münster bereits etablierte einwöchige Erholungsfreizeit für Kinder aus der Ukraine unterstütze ich sehr – sie bietet nicht nur dringend benötigte Ablenkung und Erholung vom Kriegsgeschehen, sondern macht zugleich europäische Werte wie Frieden, Freiheit und Solidarität ganz konkret erfahrbar. Die Initiative mehrerer Oberbürgermeister*innen, verletzte Kinder aus Gaza aufzunehmen, begrüße ich ausdrücklich.

Stephan Brinktrine/SPD:

Kinder sind die ersten Opfer von Krieg. Münster wird weiter Geflüchtete aus der Ukraine, aus Syrien oder dem Nahostkonflikt aufnehmen, wenn ich Oberbürgermeister werde. Ich unterstütze Initiativen, die sichere Unterkünfte, Kitas, Schulen und psychosoziale Betreuung bieten. Friedenspolitik heißt hier ganz praktisch: Schutz und Zukunft für die Schwächsten.

Katja Martinewski/DIE LINKE:

Jede Initiative, die dazu beiträgt, dass schutzbedürftige Kinder in Münster aufgenommen und betreut werden, ist in meinen Augen unterstützenswert. In vielen Stadtteilen gibt es bereits Projekte, die wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen, indem sie Freizeitangebote schaffen, Kompetenzen fördern und bei der Ausbildung unterstützen. So erhalten Kinder und Jugendliche die Chance, Perspektiven zu entwickeln, Selbstwirksamkeit zu erleben und Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Georgios Tsakalidis/Internationale Liste:

Ich bin der einzige OB-Kandidat, der offen u. klar positioniert hat, dass Münster Menschen aus Kriegsgebieten aufnehmen sollte, und zwar freiwillig. Darunter insbesondere Kinder und junge Erwachsene nicht nur aus der Ukraine, sondern auch aus Gaza und anderen Kriegsgebieten wie Somalia oder Myanmar, Syrien und Äthiopien.

5. Werden Sie sich als Oberbürgermeister*in dafür einsetzen, dass die Mittel für Friedensarbeit in Münster nicht gekürzt werden?

Dr.Georg Lunemann/CDU:

Die nachhaltige Friedensarbeit auf kommunaler Ebene ist sehr wichtig. Ich werde mich klar dafür einsetzen, dass die Friedensarbeit nicht geschwächt wird. Im Gegenteil: Projekte, die Verständigung und Toleranz fördern, müssen in Münster weiterhin gestärkt werden – auch im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung als Stadt des Westfälischen Friedens.

Tilman Fuchs/GRÜNE:

Friedensarbeit ist ein zentraler Bestandteil der Identität unserer Stadt. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vermittelt demokratische Werte. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Mittel für Friedensarbeit gesichert bleiben. Angesichts der angespannten Haushaltslage wird ein Ausbau nur schwer möglich sein, umso wichtiger ist es, die vorhandenen Mittel klug und wirksam einzusetzen.

Stephan Brinktrine/SPD:

Friedensarbeit darf nicht kaputtgespart werden. Sie ist Teil der Identität unserer Stadt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Gedenkveranstaltungen, internationale Begegnungen und pädagogische Projekte ausreichend gefördert bleiben. Gerade jetzt braucht Münster eine starke Stimme für den Frieden, denn wie Willy Brandt sagte: „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Katja Martinewski/DIE LINKE:

Definitiv. Gerade zur aktuellen Zeit, in der die Wehrpflicht wieder spruchreif wird, müssen wir umso mehr die Friedensarbeit und Friedensbewusstseinsbildung unterstützen. Eines meiner Lebensmottos ist auch: Gewalt erzeugt Gegengewalt. Daher brauchen wir gewaltfreie Lösungen.

Georgios Tsakalidis/Internationale Liste:

Im Gegenteil, ich werde mich als OB der Stadt, dafür einsetzen dass die Mittel für die praktische Friedensarbeit erhöht werden. Gerade in diesen turbulenten Zeiten muss MS ein Friedenszeichen setzen. Das würde ich als OB ebenfalls dadurch tun, dass ich das Thema Frieden direkt beim OB ansiedle und es nicht mehr im Münster Marketing belasse.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, in unserer Friedensstadt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aufzunehmen?

Dr.Georg Lunemann/CDU:

Die CDU Münster steht für Solidarität mit Menschen aus Kriegsgebieten, wie unsere Partnerschaften und Hilfsinitiativen zeigen. Die Aufnahme von Kriegsgeflüchteten erfolgt im Einklang mit geltendem Landes-, Bundes- und Europarecht.

Tilman Fuchs/GRÜNE:

Ich setze mich immer dafür ein, Menschen aus humanitären Gründen bei uns in der Stadt aufzunehmen. Die Debatte über die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund stellt sich jedoch vor allem auf Bundesebene und konkret das Bundesinnenministerium verantwortet hier die Handlungsspielräume. Auf kommunaler Ebene gibt es daher nur begrenzte Ermessensangelegenheiten. Gleichwohl gilt: Münster versteht sich als Friedensstadt und wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten humanitäre Unterstützung leisten.

Stephan Brinktrine/SPD:

Als Friedensstadt sollte Münster deutlich machen: Wer aus Gewissensgründen nicht kämpfen will, darf nicht allein gelassen werden. Im Rahmen der Gesetze werde ich mich dafür einsetzen, dass Münster Aufnahmebereitschaft signalisiert. Das ist für mich Teil einer friedenspolitischen Haltung, die Verantwortung übernimmt und Mut macht.

Katja Martinewski/DIE LINKE:

Münster sollte ein sicherer Hafen für alle sein, die Schutz suchen. Wer aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigert, benötigt Schutz. Es braucht dazu entsprechende Aufnahmeprogramme gemeinsam mit Bund und Land und ich habe den Willen diese zu ermöglichen.

Georgios Tsakalidis/Internationale Liste:

In Sachen Kriegsdienstverweigerer oder Desserteure kann die Stadt alleine nicht viel ausrichten. Jedoch könnte ich mir vorstellen mit den zwei Unis zusammen und der Akquirierung von Landes- bzw. Bundesmittel jeweils Friedensstipendien auszurichten, die an Deserteure und Kriegsdienstverweigerer ausgezahlt werden könnten.